



Hauptausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

25. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Vorlagen 16/141, 16/155, 16/166 und 16/186

- abschließende Beratung und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses: Einzelplan 01 – Landtag, Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Der **Ausschuss nimmt** den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden **Einzelplan 01** – Landtag – einstimmig **an**.

Der **Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten zum Einzelplan 02** – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP **ab**.

Der **Ausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teil des Einzelplans 02** – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **an**.

Der **Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten zum Einzelplan 07 Kapitel 07 070** – Landeszentrale für politische Bildung – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP **ab**.

Der **Ausschuss nimmt das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 07 070 des Einzelplans 07** – Landeszentrale für politische Bildung – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **an**.

2 Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/17

Ausschussprotokoll 16/30 (öffentliche Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der **Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen bezogen auf Art. 1** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **an**.

Der **Ausschuss nimmt Art. 1 des Gesetzentwurfs der Landesregierung** – Bekanntmachung des Ersten Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland – **in der zuvor geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP **an**.

Der **Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Art. 2** – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

Der **Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen bezogen auf Art. 2** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der **Ausschuss nimmt Art. 2 des Gesetzentwurfs der Landesregierung** – Gesetz zur Ausführung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages (Ausführungsgesetz NRW Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – AG GlüÄndStV NRW) – **in der zuvor geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **an**.

Der **Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen bezogen auf Art. 3** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP **an**.

Der **Ausschuss nimmt Art. 3 des Gesetzentwurfs der Landesregierung** – Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) – **in der zuvor geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **an**.

Der **Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen bezogen auf Art. 4** einstimmig **an**.

Der **Ausschuss nimmt Art. 4 des Gesetzentwurfs der Landesregierung** – Inkrafttreten – **in der zuvor geänderten Fassung** einstimmig **an**.

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/17 in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP **an**.

3 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Jahresbericht 2011 14

Vorlage 16/36

In Verbindung mit:

Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Extremismusprävention in Nordrhein-Westfalen

Vorlage 16/241

- Vorstellung und Erörterung mit dem Leiter des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Burkhard Freier

Dem ausführlichen Vortrag des neuen Leiters des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, Herrn Freier, schließt sich eine lange Diskussion an.

4 Modernes Regieren im digitalen Zeitalter – Open Government Strategie für Nordrhein-Westfalen vorantreiben! 31

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/811

Der mitberatende Hauptausschuss kommt überein, sich an der vom federführenden Innenausschuss für den 6. Dezember 2012, 10:30 Uhr geplanten öffentlichen Anhörung zu diesem Antrag nachrichtlich zu beteiligen. Die Zahl der Sachverständigen ist auf zehn festgelegt.

5 Verschiedenes 32

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Vorlagen 16/141, 16/155, 16/166 und 16/186

- abschließende Beratung und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses: Einzelplan 01 – Landtag, Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Einzelplan 01 – Landtag

(Keine Wortmeldungen)

Der Ausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig an.

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Die Piraten zum Open Government (*siehe Anlage zu Vorlage 16/323*).

Auch wenn das Haushaltsjahr 2012 bald ablaufe, wolle seine Fraktion mit diesem Änderungsantrag zu einem ihrer Kernthemen, das auch die Koalition vorantreiben wolle, ein Signal setzen, erklärt **Michele Marsching (PIRATEN)**. Ziel sei es, noch im laufenden Jahr eine Gruppe einzurichten, um die Analyse zum Thema „Open Government“ so schnell wie möglich starten und dann im kommenden Jahr noch detaillierter und besser informiert diskutieren zu können. Veranschlagt werden solle hierfür die Summe von 200.000 €.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) fragt nach dem Deckungsvorschlag zu diesem Änderungsantrag und gibt zu bedenken, dass für den Start der Analyse im laufenden Jahr lediglich zwei Wochen bis Weihnachten zur Verfügung stünden, da der Haushalt voraussichtlich erst Anfang Dezember 2012 verabschiedet werde. Zudem lasse sich die Höhe der vorgeschlagenen Summe nicht nachvollziehen.

Michele Marsching (PIRATEN) entgegnet, viele gerade kleinere Titel, deren veranschlagte Mittel nicht in voller Höhe verausgabt würden, hätten lediglich Signal-

wirkung. Seine Fraktion wolle mit ihrem Änderungsantrag nur deutlich machen, dass Open Government auch für die Koalition in der gesamten Legislaturperiode ein wichtiges Thema darstelle, das bereits im laufenden Haushaltsjahr angegangen werden sollte.

Seine Fraktion sehe in der vorgeschlagenen Etatisierung keinen Sinn und könne dem Änderungsantrag daher nicht zustimmen, so **Markus Töns (SPD)**. Der Wunsch, an dieser Stelle Symbolpolitik zu betreiben und einen Platzhalter zu schaffen, gehe fehl.

Christof Rasche (FDP) kündigt namens seiner Fraktion an, sich bei diesem Änderungsantrag zu enthalten. Das Thema sei in der Tat wichtig, die vorgeschlagene Einrichtung eines neuen Titels könne sich im laufenden Haushaltsjahr aus Zeitgründen allerdings nicht mehr auswirken. Der Ausschuss sollte einen solchen Ansatz in den bald zu führenden Beratungen zum Haushalt 2013 erwägen.

(Weitere Änderungsanträge werden nicht gestellt.)

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten zum Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teil des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Auch hierzu liege ein Änderungsantrag der Fraktion der Piraten vor, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** (*siehe Anlage zu Vorlage 16/322*).

Auch mit diesem Änderungsantrag wolle seine Fraktion lediglich ein Signal setzen, so **Michele Marsching (PIRATEN)**.

(Weitere Änderungsanträge werden nicht gestellt.)

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten zum Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 07 070 des Einzelplans 07 – Landeszentrale für politische Bildung – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann hält fest, damit seien die Beratungen zum Haushalt 2012 im Hauptausschuss abgeschlossen. Sicher werde man schon bald in die Beratungen zum Haushalt 2013 eintreten.

